

Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung
(21. - öffentliche - Sitzung am 10. Januar 2019)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes für den Übergangszeitraum nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/2227](#)

Der Ausschuss erörterte Verfahrensfragen. Er sprach sich dafür aus, vor einer abschließenden Beratung des Gesetzentwurfs zunächst die weiteren Entwicklungen im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland sowie auf EU-Ebene abzuwarten.

2. **Landwirtschaft und ländliche Räume in Niedersachsen stärken - Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/1404](#)

Der Antrag wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

3. **Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit dem Königreich der Niederlande weiter verbessern**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/851](#)

Der Ausschuss ließ sich durch die Landesregierung über den aktuellen Stand der Kooperation zwischen dem Königreich der Niederlande und Niedersachsen unterrichten und führte darüber eine Aussprache. Sodann setzte der Ausschuss die Beratung des Antrags fort. In diesem Zuge kündigten die Koalitionsfraktionen die Vorlage eines Änderungsvorschlags an. Der Ausschuss kam überein, die Beratung nach Möglichkeit in der für den 7. Februar 2019 vorgesehenen Sitzung abzuschließen.

In diesem Zusammenhang bat der Ausschuss die Landesregierung um eine Unterrichtung über den aktuellen Sachstand zum Wiederaufbau der Friesenbrücke.

4. **Europa - Chancen für alle! Europäische Austauschprogramme für die gesamte junge Generation zugänglich machen - Niedersachsen in Europa weiter stärken**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/1402](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung fort. Dabei kündigten die Koalitionsfraktionen die Vorlage eines Änderungsvorschlags an. In diesem Zusammenhang bat der Ausschuss die Landesregierung, ihn über den zeitlichen Rahmen der weiteren Bearbeitung der Zugangsstudie der Robert Bosch Stiftung sowie gegebenenfalls über deren zentrale Inhalte zu unterrichten. Ferner sah der Ausschuss vor, den Antrag in seiner für den 7. März 2019 vorgesehenen Sitzung abschließend zu beraten.

5. **EU-Angelegenheiten**

Der Ausschuss bat die Landesregierung, ihn schriftlich über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1305/2013 und (EU) Nr. 1307/2013 in Bezug auf bestimmte Vorschriften über Direktzahlungen und die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums für die Jahre 2019 und 2020 (Bundratsdrucksache 632/18) zu unterrichten.

6. Terminangelegenheiten

Der Ausschuss sah von einer Teilnahme an der Konferenz am 7. Februar 2018 in Winschoten ab, in deren Rahmen die Verträge zur Realisierung der Wunderline unterzeichnet werden sollen. Er war damit einverstanden, dass eine Delegation, nach Möglichkeit aus einem Mitglied jeder Fraktion bestehend, an der Vertragsunterzeichnung teilnimmt. Er bat die Landtagsverwaltung, bei der Präsidentin die dafür erforderlichen Genehmigungen einzuholen.

Der Ausschuss verständigte sich darauf, die nächste Brüssel-Reise für das Frühjahr 2020 vorzusehen.

Er setzte die Vorbereitung der für September 2019 vorgesehenen Britannien-Reise fort. Er kam überein, auf die für den 21. Februar 2019 vorgesehene Sitzung zu verzichten.